

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim U. Huber

BLICKPUNKT Nr. 04

November 2009

Jahrgang 38

„Die Probleme die es in der Welt gibt, sind nicht mit den gleichen Denkweisen zu lösen, die sie erzeugt haben“
Albert Einstein 1929 angesichts der Weltwirtschaftskrise

DKP: Schutzschirme für Kommunen

Heidenheimer: Zahlt nicht für diese Krise!

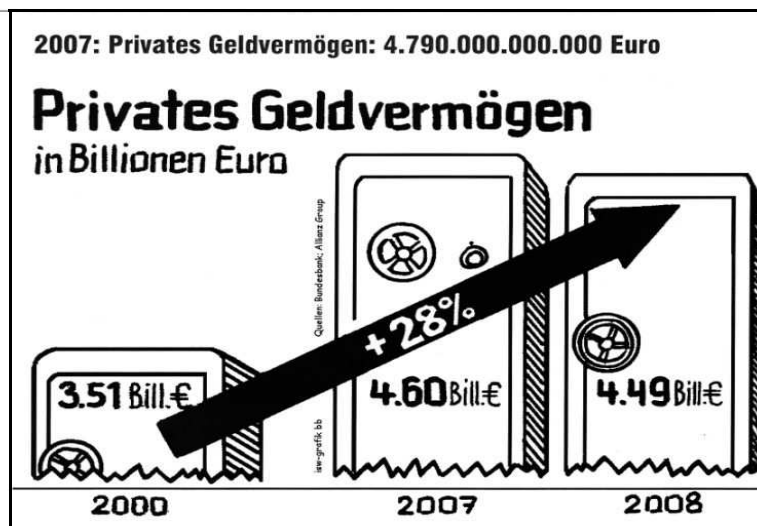
Nach der Berichterstattung der Heidenheimer Lokalzeitungen, ist für die Bürgerinnen und Bürgern der Stadt noch alles in bester Ordnung. Heidenheim hat die Krise anscheinend noch nicht erreicht.

Mit einer Aufzählung vergangener Investitionen will OB Ilg deutlich machen: Wir sind immer noch oben. Wo Heidenheim ist, ist vorn. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. So lässt sich die Haushaltsrede von OB Ilg verkürzt übersetzen. Vor uns aber liegt der finanzielle Absturz. Die Investitionen von gestern, bedeuten den Absturz von heute.

Wen meint OB Ilg mit „Wir“? Meint er die Stadtverwaltung, den Gemeinderat, meint er die Heidenheimer Unternehmer-Bosse, die Banker und Immobilienspekulanten? In seiner Haushaltsrede wurden die von der Heuschrecke Gagfah geschädigten Mieter nicht erwähnt, die Millionen-Einnahmen aus dem Wohnungsverkauf aber herausgestellt. Die auf dem Schlossberg von den Stadtwerken investierten Leuchttürme fanden überschwängliche Anerkennung. Den tausenden Familien die mit überhöhten Gebührenrechnungen abkassiert wurden und zukünftig werden, verweigerte er den Dank. OB Ilg benützt die Stadtwerke als eine kommunale „Schattenkasse“. Das Wohlwollen einiger Hunderter Fußballbegeisterter und die überregionale Fußballrepräsentanz im Fernsehen beei-

stern unseren OB. Die „Heuschreck-Arena“ schafft ihm wohlthuende

können. Im Gegenteil. Die sog. Lösungskonzepte sehen OB Ilgs politischen Freunde in der Privatisierung sprich, Verkauf weiterer öffentlicher Dienstleistungen, Immobilien sowie von Grund und Boden. Neben dem Einbruch bei den öffentlichen Investitionen droht der weitere Ausverkauf des öffentlichen Besitzes. Arbeitsplätze insbesondere im Handwerk sind dadurch hauptsächlich gefährdet.



Glücksgefühle. Vom Ausbau des Schul- Jugend und Breitensports war in seiner Rede nichts zu finden.

Investitionen brechen ein

Das Ende der Wettbewerbs- und Leuchtturmpolitik ist eingeläutet. Nun droht den Städten und Gemeinden nach der beispiellosen Finanzkrise ein finanzieller Kollaps. Weder OB Ilgs politischen Freunde in Berlin, noch der vor kurzem von der CDU eingeflogene ehemalige Jungen Union Vorsitzende und zur Morgan Stanley AG gewechselte Dr. Dirk Notheis, der den Börsengang der Bahn AG hätte erledigen sollen, wird keine Hilfestellung zur Sanierung unseres kommunalen Haushaltes leisten

Politische Forderungen der DKP

- ★ Anhebung der Gewerbesteuer.
- ★ Ein Zinsmoratorium, denn die Krisenschuldigen müssen zahlen.
- ★ Nachhaltige Grund- u. Bodenpolitik durch Erbpacht.
- ★ Keine Privatisierung.
- ★ Mittelstandsprogramm zur Arbeitsplatzsicherung.
- ★ Kriegsausgaben kürzen denn jeder Euro weniger für Krieg ist ein Euro mehr für Städte und Gemeinden.
- ★ Programm für kommunalen Wohnungsbau
- ★ Gläserne Taschen bei den Stadtwerken AG, und HVG

Mehr Schiene statt Straße - Ausbau der Brenzbahn jetzt!

Die Schere zwischen den Bauvorhaben des Straßenverkehrs und den Planungen für den Bahnverkehr geht weiter auseinander. Dieses Fazit zog DKP-Stadtrat Reinhard Püschel bei der Sitzung des Technik- und Umweltausschuss (TU) des Heidenheimer Gemeinderats am 15. Oktober 2009. „Verbesserungen des Schienenverkehrs in der Region Ostwürttembergs“ hieß der Tagesordnungspunkt. Aus dem schriftlichen wie aus dem vorgetragenen Bericht entnahm Püschel, aber eher pessimistische Erwartungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Laut vorliegendem Bericht der Stadtverwaltung „müsse man das Angebot verbessern um somit mehr Nachfrage zu erzielen. Aber auch der Qualitätsstandart

der Bahnhöfe trage entscheidend zu einem attraktiven Schienenverkehr bei“. Das sei richtig meinte Pü-



Bahnhof HDH für Rollstühle, für Behinderte, für ältere Personen völlig ungeeignet. Ein Bahnhof ohne Gepäckband und Aufzug. Der Heidenheimer-Bahn-Skandal!

schel, hielt aber die Stellungnahme der Stadt für die vorliegende Studie für „zu dürftig“ und belegte gleichzeitig, dass im Abschlußbericht der Studie, die den Schienenverkehr

analysieren sollte der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Srecke Ulm-Heidenheim-Aalen „nicht weiter berücksichtigt“ wird. Schon im mündlichen Vortrag an die Stadträte wurde deutlich, dass vor dem Jahr 2016 kaum mit Bauarbeiten begonnen wird, so dass Püschels Vermutung, dass auch die Jahre danach sich nicht viel tun werde, eher wahrscheinlich sei. Der DKP-Stadtrat erinnerte die Ausschusssrunde an seinen Beitrag in einer der Vorherigen Gemeinderatssitzung, in der er den seiner Meinung nach unnötigen und teuren Kreiselausbau beim Schillergymnasium kritisierte. Für den 500 Meter entfernten Bahnhof aber sei kein Geld für einen barrierefreien Umbau da und wenig Wille vorhanden. ★

Mitarbeiter zahlen die Zeche

Nicht nur bei der LBBW bei der radikale Einschnitte gefordert werden und die Mitarbeiter mit Personalabbau die Zeche zu zahlen haben, überall, so auch bei den Evangelischen Jugendheimen, die in Heidenheim über Jahrzehnte eine überaus wichtige und notwendige sozialpädagogischen Arbeit geleistet hat, werden ebenso radikale Einschnitte gefordert.

Seit Oktober 2000 stecken die Ev. Jugendheime in einem Schrumpfungprozess der nichts Gutes hoffen lässt. Mittlerweile sind im Zeitraum von neun Jahren die Mitarbeiter von rund 190 im Jahre 2000 auf mittlerweile unter 100 Beschäftigte abgebaut worden.

Die Krise in dem sog. „non-profit“ Unternehmen Evangelische Jugendheime dauert noch an. Kein „Schutzschirm“. Ein umfangreiches Sanierungskonzept nach dem die Mitarbeiter die Zeche mit Kürzungen, wahrscheinlich beim Weihnachts- und Urlaubsgeld und Lehrer sollen bei Mehrarbeit und

Überstunden auf Zuschläge verzichten, zu zahlen haben. Ursachen für diesen Niedergang



sind auf der einen Seite die Veränderung der Regelsätze, die Regionalisierung der Jugendhilfe, Abbau stationärer Unterbringung zugunsten ambulanten Hilfen. Dies steht im Zusammenhang mit der mangelnden finanziellen Ausstattung von Städten und Kreisen, hat also einen politischen Hintergrund.

Andererseits sind auch bei den Ev. Jugendheimen interne Gründe für die lange Krise verantwortlich. In den Jahren 2000 bis 2006 wurde immer wieder von jährlich erheblichen Defiziten berichtet. Laut HZ vom 6.5.06 wurde von einer „zu üppigen“ Besetzung von drei Geschäftsführern für damals 140 Mitarbeiter berichtet. Geschäftsführer

und die dazugehörigen Bereichsleiter hatten sicherlich kein unwürdiges Gehalt. Diese so genannten indirekten Kosten mussten auch von der Basis erarbeitet werden. In der Folge wurde 2006 ein Geschäftsführer abberufen, ein weiterer im Jahr 2007.

Nun wird die Einrichtung in eine gemeinnützige GmbH überführt und von der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart übernommen, die kapitalistische Konzentration hat also auch die Jugendhilfeeinrichtungen erreicht. Weiteres „Gesundshrumpfen“ ist angesagt. Die Jugendheime aber trennen sich von Grundstücken und Häusern, die Kapital darstellen. Der restliche Ziegelhof, die Häuser am Sperberweg, Goethe- und Liststrasse soll verkauft werden. Ein Kapitalverlust, der am Ende zur Insolvenz führt. Dies ist den Mitarbeitern der Jugendheime nicht zu wünschen, die dann trotz Lohnverzicht die Suppe die andere für sie eingebrockt auszulöffeln haben. ★

Sind Werkrealschulen zeitgemäß?

Gemeinsames lernen von der Einschulung bis zum Abitur in Gesamtschulen oder Gemeinschaftsschulen mit gut ausgebildeten Pädagogen bei kleinen Klassen, orientiert an den Fähigkeiten und Talenten der Schüler mit der Möglichkeit der individuellen Förderung. Das sind die pädagogischen Ziele die notwendig sind um Bildung vor Ort so zu gestalten, dass sich zwischenmenschliche Solidarität und humanes lernen entwickeln kann und kein Konkurrenzkampf mit Gewalt unter den Schülern. Das brachten die Schülerinnen und Schüler in den letzten Monaten mit ihren Protesten auf der Straße zum Ausdruck.

Das sog. Dreigliedrige Schulsystem wird den pädagogischen Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr gerecht. Pädagogen im Verband für Bildung und Erziehung (VBE) und die Gewerkschaft Ver.di kritisieren diese Dreigliedrigkeit und somit auch die im Landtag von Baden-Württemberg beschlossene sog. Werkrealschule. Mit der sog. Werkrealschule bleibt das dreigliedrige Schulsystem erhalten, es wird nur die Hauptschule ersetzt. Die Entscheidung der Landesregierung mit einer

„Bildungsinitiative“ dem Bildungsnotstand zu begegnen, ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung, sagte DKP-Stadtrat Püschel Die Hilflosigkeit des Gemeinderats, die bei der Aussprache und bei der Zustimmung zu diesen Werkrealschulen zum Ausdruck kam,

kann zusammenfassend mit der Wortmeldung von Stadtrat Fandrich (Die LINKE) zusammengefasst werden: „Wir stimmen halt für das kleiner Übel“. Das von der Landesregierung den Kommunen aufgesetzte neue Schulmodell bekam so, obwohl bei der Partei Die LINKE, SPD den Grünen verbale Kritik und Ablehnung erkennbar war, gegen zwei Stimmen, Püschel DKP und Stadträtin Monz Freie Wähler, eine deutliche Mehrheit.



DKP Stadtrat Reinhard Püschel

Bürgerfragestunde

Ploucquet-Areal wie weiter?

Stadtverwaltung nähert sich dem DKP-Ploucquet-Gestaltungsvorschlag an

Die von der DKP zum Ploucquet-Areal bei der Bürgerfragestunde eingebrachten Fragen zum gegenwärtigen Stand der Entwicklung wurden von OB Ilg, wie zu erwarten war, unbefriedigend und ausweichend beantwortet. Lediglich auf die Frage: „Wann ist der Bau einer Dreifeldhalle

(Parzelle 1364/1 VOITH-Besitz) beschlossen worden“, gab OB Ilg bekannt, dass weder Bau noch Standort beschlossen sei.

Diese Erklärung ist deshalb so interessant, will im Bebauungsplan die Dreifeldhalle unmissverständlich auf VOITH-Gelände im Anschluss an das denkmalgeschützte Hauptverwaltungsgelände entlang der Bahnlinie fest eingeplant ist. Die Frage bleibt: Wie kann ein Gemeinderat einen Bebauungsplan beschlie-

ßen, in dem eine Dreifeldhalle auf einem Grundstück geplant ist, das sich nicht im Besitz der Stadt befindet? Verhandlungen mit VOITH über einen Grunderwerb, einer Schenkung oder einem deckungsgleichen Grundstückstausch auf dem städtischen Grundstück Ploucquet-Areal beantwortete OB Ilg ausweichend.

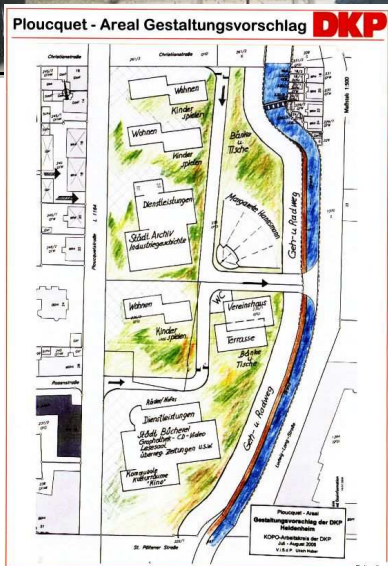
Weil es keine abschließenden, aber dennoch Überlegungen gibt, kann über die Grundstücksfrage

weiter spekuliert werden.

Neben den Anträgen der DKP, dass Grundstücke auf dem Ploucquet-Gelände nicht veräußert, höchstens als langfristige Nutzungsrechte für juristische oder natürliche Personen abgegeben werden können, ist interessant,

dass OB Ilg der DKP-Forderung einen sog. „Runden Tisch“ mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern mit fachkompetenten Personen und Organisationen zu schaffen, auffallend näher gekommen ist. In seiner Haushaltsrede 2010 formulierte er für das Frühjahr 2010 eine „Zukunftswerkstatt“ zu planen in der Vorschläge zur Bebauung erarbeitet werden sollen. Mit seinem Hinweis für ein „Haus der Bildung“ könnte der von der DKP im Süden des Geländes vorgeschlagene Dienstleistungsbereich mit einer neuen Städt. Bücherei, Lesesaal und Kommunalem Kino oder das weiter im Norden von der DKP vorgeschlagene Dienstleistungsgelände mit erweitertem Stadtarchiv und Räume für die Volkshochschule, gemeint sein.

Die DKP ist der Meinung, dass diese Fläche zu wertvoll ist, als dass diese für Konzerne oder Immobilienspekulanten zur Verfügung gestellt oder gar verkauft werden soll. Unsere Losung „Hier baut die Stadt Heidenheim“ für ihre Bürgerinnen und Bürger ein kommunales Alleinstellungsmerkmal für Dienstleistungen, Kommunikation und Kultur.



Keine Zivilmilitärische Zusammenarbeit in Stadt und im Landkreis Heidenheim

Die Bundeswehr wird immer polizeiähnlicher und die bundesdeutsche Polizei wird immer militärähnlicher. Diese Verzahnung beider Einrichtungen in diesem unserm Lande geschieht klamm heimlich. Diese so genannte Zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) umschließt weite Bereiche unseres „freiheitlichen demokratischen“ Zusammenlebens.

In Heiligendamm wurden 2007 gegen Demonstranten, Jugendliche, Friedensfreunde und Gewerkschafter Tornado-Jagdflugzeuge im Tiefflug eingesetzt. Im Jahre 2009 wurde in

Baden-Baden/Kehl im Rahmen der Ostermarschbewegung eine Armee von rund 30.000 Mann in einem bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch gegen Friedensaktivisten eingesetzt. Zunehmend verschwindet der Verfassungsbegriff „Verteidigung“ mehr und mehr aus dem Wortschatz der herrschenden Politik. Militärisches Denken und Handeln soll Bestandteil des ganzen Lebens werden - es soll die Gesell-



Ausbildungsmesse 2008
Karl-Rau-Halle Heidenheim

schaft durchdringen und allgegenwärtig sein.

Bundeswehrreferenten an Schulen, Informationstermine zur Soldatensuche im Landratsamt, Bundeswehrmessenstände bei Ausbildungsbörsen, die Qualifizierung und Zusammenarbeit von ärztlichen Fakultäten und Abteilungen an Krankenhäusern, sind Beispiele dieser zivilmilitärischen Zusammenarbeit.

Von dieser so genannten zivilmilitärischen Zusammenarbeit geht die Gefahr aus, dass mit der Vernetzung und Durchdringung des Militärs im zivilen Bereich ein totaler Staat im Gewand der Legalität droht. „Eine Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie“, wie es bereits anlässlich der Notstandsgesetze von G. Benz ehm. Vorstandsmitglieds der IG Metall vormuliert wurde.

Die Öffentlichkeit erwartet vom Landkreis Heidenheim von Herrn Landrat Mader eine umfassende lückenlose Aufklärung.



Antifaschistische Infos

6.900 Straftaten

Neonazis und Rechtsextremisten verüben Monat für Monat über tausend Straftaten. Im 1. Halbjahr 2009 wurden amtlich 6.913 Straftaten registriert. Rund 4.950 sind sogenannte Propagandadelikte. 347 Personen wurden bei entsprechenden Gewalttaten verletzt.

Nazis im Internet

Neonazis sind im Internet aktiver denn je. Von 2007 auf 2008 hat sich nach Feststellungen des Internetportals »jugendschutz« die Zahl der rechtsextremen Websites auf rund 1.700 mehr als verdoppelt. In fast allen Netzwerken und Videoplattformen finden sich neonazistische Videos und Profile. Oft bewegten sie sich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze und seien nicht sofort als rechtsextrem erkennbar. Hinzu kommen eigene, direkt an Gleichgesinnte gerichtete Plattformen und Communities. Neben Musikangeboten gehört das Internet zu den am stärksten genutzten Werbeträgern der Neonazis, mit denen sie sich insbesondere an Jugendliche wenden.

UNO-Vollversammlung watscht die USA ab

Ende Oktober feierten Kubas Medien die Entscheidung der UN-Vollversammlung, das USA-Embargo gegen Kuba wurde verurteilt. 187 der 192 Mitgliedstaaten billigten eine Resolution, die an alle Staaten appelliert, das Embargo der US-Amerikaner zu ignorieren und den freien Handel mit Kuba aufzunehmen.



Für die Bevölkerung Kubas und für ihre Staatsführung bedeutete es eine gewaltige internationale Leistung. Über 18 Jahren nahm die Zahl der Blockadegegner kontinuierlich ab. Heute sind es nur noch die USA, Israel und Palau die für die Blockade gestimmt haben. Mikronesien und die Marshallinseln enthielten sich der Stimme.

Der Kampf um die Aufhebung der Blockade und um die Freilassung der Fünf Patrioten aus den US-Gefängnissen ist daher noch nicht abgeschlossen

Internationale Solidarität mit Kuba

Das Spendenkonto der

DKP Heidenheim:

Kreissparkasse HDH

BLZ 632 500 30

Konto Nr. 413 903

Kontakte zur DKP Heidenheim:

DKP Stadtrat Reinhard Püschel,

Tel.: 924206

Kontakte zur DKP Heidenheim:

Wilhelm Benz, Tel.: 42424



Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen
Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.



Ich möchte

mehr Infos über die DKP

Name, Vorname

UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen

Straße, Hausnummer

Kontakt zur DKP in meiner Nähe

PLZ, Ort

Mitglied der DKP werden

Einsenden an: DKP Heidenheim

Reinhard Püschel,

Friedenstraße 8

89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06

Fax: (07321) 92 42 06

E-Mail: reinhard.pueschel@web.de

Informationen an DKP Infoständen und bei den DKP Stdräten

Reinhard Püschel und Wilhelm Benz

E-Mail-Adresse

Sonstige Informationen an die DKP:

